

Die Pferde leiden noch immer

Landwirtschaft Auf Schweizer Tellern landet Pferdefleisch aus südamerikanischen Schlachthöfen, in denen prekäre Zustände herrschen. Das zeigen neue Aufnahmen. Dabei hatten die Importeure Besserung gelobt.



Trotz versprochener Besserung sind die Zustände in den südamerikanischen Schlachthöfen unverändert prekär. Foto: Screenshots vom Tierschutzbund Zürich

Stefan Häne und
Raphaëla Birrer

Es war eine Bitte um Verständnis: «Neue Standards im Tierschutz lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen umsetzen», sagte Josef Pittino vom Verband der Pferdefleisch-Importeure (VPI) dieser Zeitung im Mai 2018. Und nannte eine Deadline: «Geben Sie uns ein Jahr Zeit!» Auch dem VPI sei das Tierwohl wichtig. «Quälerei dulden wir nicht.»

Das Jahr ist vorüber. Doch die Zustände in den südamerikanischen Schlachthöfen sind unverändert prekär, unter anderem in den Betrieben Clay und Sarel in Uruguay und Lamar in Argentinien. Zu diesem Schluss kommt der Tierschutzbund Zürich (TSB). Bei einem Treffen präsentieren Präsident York Dittfurth und Projektleiterin Sabrina Gurtner neues Videomaterial, dazu zwei Reports. «Es hat sich nichts geändert», sagt Gurtner, die vor Ort recherchiert hat. Die Filmaufnahmen stammen von April 2018 bis Februar 2019. Damit reichen sie zwar nicht bis heute, aber weit in den Zeitraum hinein, in dem der Verband Verbesserungen gelobt hatte.

Verletzt und abgemagert

Auch die aktuellen Aufnahmen zeigen lahrende, verletzte, stark abgemagerte Pferde – Tiere also, die leiden, bevor sie geschlachtet werden. Der Tierschutzbund hat die Verstöße dokumentiert. Zum Beispiel im Schlachthof Clay: «Zwei Pferde mit grossflächigen tiefen Verletzungen, die vermutlich den Knochen freileigten, wa-

ren mindestens einen Monat in der Sammelstelle – ohne Wundversorgung.» Oder zur Sammelstelle Ibicuy für den Schlachthof Lamar in Argentinien heisst es: Ein Pferd «lag erschöpft am Boden, war extrem abgemagert und übersät mit Wunden und Narben, hatte Durchfall und war sogar zum Fressen zu schwach.»

Was sagt der Präsident der Pferdefleisch-Importeure, Josef Pittino, zu den Vorwürfen? «Wir tolerieren in keiner Weise leidende Tiere in den Schlachtbetrieben», antwortet er auf Anfrage schriftlich. Der VPI wolle den «Prozess zur Verbesserung der Situation» stetig vorantreiben, damit weiterhin «hochqualitatives» Pferdefleisch in die Schweiz importiert werde.

Umstrittene Kriterien

Pittino betont, nicht der VPI selber, sondern die Verbandsmitglieder würden Pferdefleisch einführen und damit hiesige Restaurants und Metzgereien beliefern. Auch sei der VPI gegenüber seinen Mitgliedern nicht weisungsberechtigt. Der Verband hat laut Pittino in den letzten sechs Jahren schwergewichtig daran gearbeitet, externe Kontrollen in den südamerikanischen Schlachthöfen zu organisieren. Diese würden auf einem internen Tierschutzhandbuch basieren. Diese Argumentation lassen die Tierschützer nicht gelten: Der VPI sei sehr wohl für die Qualitätskontrolle bei den Lieferanten seiner Mitglieder verantwortlich, sagt TSB-Präsident Dittfurth.

Das Qualitätshandbuch des VPI soll Schweizer Standards in

südamerikanischen Schlachthöfen durchsetzen. In der aktuellsten Version enthält es auch K.-o.-Kriterien. Verstöße dagegen führen zur Suspendierung eines Schlachthofes. Dazu zählt, elektrische Treibhilfen und Stöcke zu gebrauchen, Hunde als Treibhilfe einzusetzen, die Pferde auf den Kopf oder die Geschlechtsteile zu schlagen oder ihnen Draht durchs Maul zu ziehen. Der Tierschutzbund Zürich übt trotzdem Kritik: Im Handbuch seien nur K.o.-Kriterien festgehalten, welche die Betreiber bei Kontrollen kurzfristig erfüllen könnten – und keine, die durch bauliche Massnahmen überprüft werden könnten, etwa ein Witterungsschutz.

Boycott zielführend?

Die Betriebe seien bis jetzt zwischen vier- und sechsmal unangemeldet von der unabhängigen Zertifizierungsstelle SGS kontrolliert und zertifiziert worden, entgegnet der VPI. Das heisst: Die SGS gibt ein dreimonatiges Zeitfenster bekannt, in dem sie den Betrieb einmal besuchen wird. Freilich handelt es sich dabei stets um eine «Momentaufnahme», die nicht sicherstellt, dass sich eine Firma «auch während unserer Abwesenheit fehlerfrei verhält». So steht es in einem Schreiben der SGS an Pittino, das dieser Zeitung vorliegt. Zu einer Suspendierung eines Schlachthofes ist es noch nicht gekommen. Doch manche Betriebe mussten gemäss Pittino «einige Anpassungen» vornehmen, als sie zertifiziert wurden. «Nach den ersten Kontrollen waren die Standards gesetzt, dadurch ha-

ben die Abweichungen deutlich abgenommen.» Der VPI fühlt sich von den Tierschützern zu Unrecht an den Pranger gestellt. «Wir gehen davon aus, dass die Aufnahmen auf Weiden, die nicht zu den Schlachthöfen gehören, gemacht wurden oder älteren Datums sind», schreibt Pittino. TSB-Präsident Dittfurth widerspricht: «Wir können alles mit Ort und Datum sauber belegen.» Der VPI ist überzeugt: Die Schlachthöfe zu boykottieren, laufe dem Tierwohl entgegen. Die Pferde würden «mit Sicherheit unter wesentlich schlechteren Bedingungen» weitergeschlachtet, so Pittino. Erst die Nachfrage aus der Schweiz, entgegnet Dittfurth, Sorge dafür, dass die Pferde geschlachtet würden. Südamerikaner konsumierten kein Fleisch der als Haustiere geltenden Pferde.

Konsum in der Schweiz

Im letzten Jahr gelangten 2583 Tonnen Pferdefleisch in die Schweiz. Dabei handelt es sich um Edelstücke wie Entrecote. Die importierte Menge entspricht deshalb circa 30 000 geschlachteten Tieren, wie Experten schätzen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Einfuhren um 7 Prozent zurückgegangen. Aus Argentinien stammen 640 Tonnen, aus Uruguay 116 Tonnen, aus Kanada 364 Tonnen. 43 Prozent der Importe stammen also aus diesen drei Ländern. Die Schweizer Bevölkerung verzehrte letztes Jahr insgesamt 445 000 Tonnen Fleisch, der Anteil des Pferdefleisches liegt damit bei knapp einem Prozent. (sth)

Der Fall hat auch eine politische Dimension. Im August hat sich die Schweiz mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay auf ein Freihandelsabkommen geeinigt, dies im Verbund mit ihren Partnern der Freihandelsassoziation Efta. Doch das Parlament muss das Abkommen noch ratifizieren. Ob es dazu kommt, ist fraglich, denn es gibt Widerstand aus grünen und bäuerlichen Kreisen. «Wir weisen seit vielen Jahren auf fehlende Spielregeln zur Durchsetzung des Tierwohls im internationalen Handel hin», sagt Grünen-Präsidentin Regula Rytz. Die Zustände in den südamerikanischen Schlachthöfen erstaunen sie nicht. Die Grünen wollen das Abkommen ablehnen und notfalls mit einem Referendum bekämpfen, sollte es nicht gelingen, verbindliche Nachhaltigkeitsstandards durchzusetzen.

Gemäss einer neuen Tamedia-Umfrage ist auch die Bevölkerung gespalten in dieser Frage: 48 Prozent sagen Ja oder eher Ja zum Abkommen, 42 Prozent Nein oder eher Nein, der Rest ist unentschieden. Entscheidend dürfte sein, wie sich der Bauernverband positionieren wird. Präsident Markus Ritter zeigt sich nicht überrascht von diesem Fall. «Wir sind uns der Missstände bewusst und bedauern diese sehr.» Der Bauernverband macht eine Unterstützung des Abkommens abhängig davon, ob es zur nachhaltigen Entwicklung der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft beitragen wird. Er will nun die schriftliche Fassung abwarten und dann entscheiden.

Das schwierigste Polit-Toto der Schweiz

Wahlen Die Debatten sind geführt, die Meinungen erhoben, die Urnen stehen offen. Und doch ranken sich noch Dutzende knifflige Fragen rund um die eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober. Welche Wucht hat die grüne Welle wirklich? Stürzt die BDP ab? Steigt der Frauenanteil im Bundeshaus? Gelingt Ständeratskandidat Cédric Wermuth (SP) im Kanton Aargau die Sensation? Schafft Magdalena Martullo (SVP) in Graubünden die Wiederwahl? Wackelt Ruedi Noser (FDP) Sitz in Zürich? Alle diese Fragen finden sich im Tamedia-Wahl-Toto, das ab sofort auf der Website dieser Zeitung aufgeschaltet ist. Bis zum Samstag, 19. Oktober, können Polit-Nerds, Hobby-Auguren und Glücksritter den Fragebogen ausfüllen. Wer am Wahlabend am meisten Treffer verbucht, gewinnt einen exklusiven Besuch im Bundeshaus, geführt von Tamedia-Reportern. (Inz)

Genugtuung für Gewaltopfer

Bern Opfer von Gewalttaten gegen ihre sexuelle Integrität erhalten künftig höhere Genugtuungsbeiträge. Erstmals hat das Bundesamt für Justiz (BJ) auch Bandbreiten für die Beeinträchtigung der psychischen Integrität festgelegt. Die Evaluation des Opferhilfegesetzes im Jahr 2015 empfahl eine grosszügigere Fassung der Genugtuungsmassnahmen zugunsten naher Angehöriger von Opfern von Tötungsdelikten, psychischen Beeinträchtigungen oder solche der sexuellen Integrität. So können etwa posttraumatische Belastungsstörungen bei der Bemessung besser berücksichtigt werden. Grundsätzlich gilt für das Opfer weiterhin ein Höchstbetrag für Genugtuung von 70 000 Franken und von 35 000 Franken für Angehörige. Für sehr schwere Beeinträchtigung infolge Vergewaltigung, sexueller Nötigung, schwerer Schändung und spezifischer sexueller Handlungen mit einem Kind gilt neu der Bemessungsrahmen von 8000 bis 20 000 Franken. (sda)

Wie hoch der Benzinpreis sein müsste

CO2-Abgabe Der Strassenverkehr ist die Hauptquelle der CO2-Emissionen in der Schweiz. Würde man bis 2050 eine Abgabe von 1.70 Franken pro Liter Treibstoff und Heizöl einführen, liessen sich die Emissionen um zwei Drittel senken, berechneten Forschende der ETH Lausanne. Für jeden Liter Heizöl zahlen Schweizerinnen und Schweizer bereits eine CO2-Abgabe von 25 Rappen. Auch bei Flugtickets sollen Reisende tiefer in die Tasche greifen müssen. Für Treibstoff, also Benzin und Diesel, ist bisher keine Lenkungsabgabe vorgesehen. Eine solche wäre aber nötig, und zwar in gleichem Masse wie für Heizöl, plädieren die Forscher. Will die Schweiz die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten, muss sie auch die Emissionen aus dem Transportsektor senken, der macht 41 Prozent der im Inland produzierten CO2-Emissionen aus. (sda)